

Viertelmillion gegen TTIP

Riesige Menschenmenge spricht sich in Berlin für gerechten Welthandel aus und lehnt Geheimverträge ab, die Wege zur Privatisierung ebnen

Simon Zeise

Nichts ging mehr im Berliner Regierungsviertel: Ein Fahnenmeer wogte über den Vorplatz des Hauptbahnhofs, auf Plakaten wurde unter anderem ein »Referendum für Europa« gefordert, die Stimmung unter den vielen Menschen war nahezu euphorisch. Hatten die Veranstalter der Demonstration »Stop TTIP und CETA – für einen gerechten Welthandel« noch mit etwa 50.000 Teilnehmern gerechnet, demonstrierten nach ihren Angaben am Sonnabend schließlich etwa eine Viertelmillion gegen die geplanten Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA). Außerdem haben bereits über drei Millionen Menschen aus ganz Europa den Aufruf gegen das Vorhaben unterschrieben. Ein Sprecher der Demonstration verdeutlichte: Wenn sich alle Unterzeichner an der Hand fassen würden, könne eine Menschenkette von Gibraltar bis zum Polarkreis gebildet werden.

Der Präsident der kanadischen Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst, Paul Moist, begrüßte die Demonstranten mit einer Solidaritätsadresse »von vier Millionen kanadischen Beschäftigten«. Die »bizarren Handelsabkommen« zwischen den USA und Kanada hätten zwar Wohlstand versprochen, aber bisher 650.000 kanadischen und einer Million US-amerikanischen Arbeitern den Job gekostet. »Wir werden mit euch kämpfen, bis TTIP und CETA abgewendet sind«, sagte Moist. Die Vorsitzende der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), Cigdem Ronaesi, verwies darauf, dass neoliberale Wirtschaftspolitik die Ungleichheit auf der Welt vertiefe. Dies geschehe keineswegs friedlich, so Ronaesi, der Kapitalismus unterwerfe sich die Gesetzgebung und übersäe Länder mit Krieg. In Syrien habe der Westen Aufständische bezahlt, um seine Interessen durchsetzen zu können. Wenige Minuten vor dem Start des Demonstrationenzuges hatte es einen Anschlag auf eine Friedenskundgebung in Ankara gegeben. Die Nachricht verbreitete sich unter den Massen in Berlin wie ein Lauffeuer.

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke, rief der Menge zu, TTIP und CETA seien »ein Freifahrtschein für die Profite großer Konzerne. Das akzeptieren wir nicht.« Es seien Passagen vorgesehen, nach denen einmal privatisierte Leistungen des Staates nicht mehr rekommunalisiert werden können. »Mein Kind soll nicht profitmaximiert erzogen werden«, sagte Riexinger. Der Protest müsse noch mächtiger werden, die Demonstration könne ein Auftakt für weitere Basisarbeit sein. Thilo Bode, Geschäftsführer von Foodwatch, sagte: »Die Regierung belügt uns.« Indem Details der bisherigen Verhandlungen verschwiegen würden, agiere sie als »Dienstleister für die Konzerne und nicht für das Volk«. Auf die Idee von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der Bundesregierung, die einen »Kompromiss« bei TTIP in Form eines Investitionsgerichtshofes statt privater Schiedsgerichte vorsehe, dürfe man sich nicht einlassen. Außerdem seien die Schiedsgerichte, durch die es Konzernen ermöglicht werde, ganze Staaten zu verklagen, bereits in CETA festgeschrieben. Das sei ein »Frontalangriff auf die Demokratie«, so Bode.

Auch in den Kirchen wurde gegen die Macht der Monopole mobilisiert. Johannes Stein, Bundespräsident der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, verwies darauf, dass es bei TTIP und CETA nicht um Freihandel gehe, sondern um den Schutz von kapitalistischen Eigentumsrechten. Solche Pakte seien mitverantwortlich für die Armut auf der Welt.